



ROTE POST

Nr.89

Juli 2025

**WIDERSTAND GEGEN ZWANGSRÄUMGEN
IN DUISBURG**

**HEIDI RECHINNEK
EINE „LINKSRADIKALE“ IKONE?**

**KLIEMANNSLAND
DEGENERATION DER IDIOTEN**

**NEUE USA-AGGRESSION
IN WESTASIEN**

**NEUE REGIERUNG
ALTE PROBLEME**

INHALT

INTERNATIONAL

- 4 ÜBER DIE JÜNGSTE AGGRESSION DES US-IMPERIALISMUS IN WESTASIEN**

FRAUEN

- 8 HEIDI REICHINNEK - EINE LINKSRADIKALE IKONE?**

BILD DES MONATS

- 12 ZU EHREN DES GENOSSEN BASAVARAJ
UND SOLIDARITÄT MIT DEM VOLKSKRIEG IN INDIEN**

BRD

- 14 NEUE REGIERUNG - ALTE PROBLEME**

- 16 NRW: ZWANGSRÄUMUNGEN IN DUISBURG**

- 20 BREMEN: DIE SAUBERSTE GROSSSTADT DEUTSCHLANDS?**

KULTUR

- 22 DAS KLIEMANNSLAND - DEGENERATION DER IDIOTEN**

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

die vergangene Periode war für die revolutionäre und antiimperialistische Bewegung in Deutschland durch den Tod und die Kampagne zu Ehren des Genossen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch), Basavaraj, geprägt.

Auf Grundlage eines gemeinsamen Aufrufs von Partizan, Young Struggle und dem Roten Bund wurden in vielen deutschen Städten Veranstaltungen und Propagandaaktionen, wie Murals, Dazibaos und Wandmalungen, durchgeführt. Diese Aktionstage waren ein Erfolg und besonderes begrüßenswert ist es, dass sich an diesen Aktionstagen teilweise sehr unterschiedliche Organisationen und Gruppen beteiligt haben.

Wir teilen die Einschätzung, dass mit etwas mehr Zeit für Vorbereitung und Koordination viel kraftvollere Aktionen hätten durchgeführt werden können, sowie die Hoffnung und Erwartung, dass dies in Zukunft möglich sein wird. Alle aufrechten Antiimperialisten in Deutschland werden gewiss ihre gemeinsamen Anstrengungen für die Kampagne zur Unterstützung des Volkskrieges in Indien weiterentwickeln und verstärken.

Doch auch neben diesem für diese Zeit gewählten Hauptfokus entwickelt sich der Kampf des internationalen Proletariats und der Völker der Welt.

Dabei wollen wir den Kampf der brasilianischen Volkes erneut hervor heben. Insbesondere die Bauern entwickeln ihren Kampf, auch mit militärischen Mitteln, unter einer guten Führung. Im „Hinterhof“ der Yankees, Lateinamerika, heute das wohl schwächste Glied der imperialistischen Kette, beginnt ein Feuer zu lodern, welches in der Lage sein wird auch die anderen Länder der Region zu entflammen. Das versteht auch der alte brasilianische Staat und verstärkt seine reaktionären, konterrevolutionären Anstrengungen und mordet die tapfer Widerstand leistenden Bauern.

Wir wollen auch den Trend zur Einheit, den wir unter den revolutionären Kräften in Europa erkennen können, begrüßen. Der gemeinsame Kampf gegen den NATO-Gipfel in Den Haag von Genossen aus den Niederlanden und Deutschland sowie Partizan, ist ein schöner Ausdruck davon. Ebenso verhält es sich mit den mannigfaltigen Aktionen für den Volkskrieg in Indien und zu Ehren des Genossen Basavaraj die in vielen Ländern Europas durchgeführt wurden.

Zum Schluss erreichte uns kurz vor Redaktionsschluss die wunderbare Nachricht, dass der Kampf der Genossen in Frankreich für die Freilassung von Georges Ibrahim Abdallah, der ebenso viele Unterstützung aus aller Welt erhielt, offenbar einen großen Erfolg erringen konnte. Französische Gerichte haben entschieden: Georges Abdallah muss am 25. Juli endlich freigelassen werden. Soweit bekannt wird Georges Ibrahim Abdallah nach 41 Jahren Haft im Gefängnis des französischen Imperialismus freigelassen werden. Er wird aus dem Gefängnis von Lannemezan verlegt und reist direkt nach Beirut. Seine Familie wird ihn voraussichtlich in seiner Heimatstadt Kobayat im Nordlibanon willkommen heißen.

Eure RoPo-Redaktion

ÜBER DIE JÜNGSTE AGGRESSION DES US-IMPERIALISMUS IN WESTASIEN

Am Freinag, dem 13. Juni 2025, trat der Angriffskrieg des US-Imperialismus und seines wichtigsten Instruments im Nahen Osten, Israel, mit einer neuen Militärkampagne in eine Phase ein, deren Ziel in erster Linie eine direkte militärische Aggression gegen den Iran war.

Der US-Imperialismus versucht dabei seine Rolle als größter Völkermörder und reaktionärer Weltpolizist im Angriffskrieg gegen die unterdrückten Nationen und Völker des Nahen Ostens hinter seinem Handlanger Israel zu verbergen.

Dadurch fällt Israel die Hauptrolle im Angriffskrieg des US-Imperialismus gegen die Länder des Nahen Ostens zu. In seiner Kriegspropaganda nutzt Israel zynisch den Vorwand des angeblichen „Rechts auf Selbstverteidigung gegen eine Aggression“.

In dieser aktuellsten Phase der Aggression nutzte Israel den Vorwand eines angeblich „präventiven Verteidigungskrieges“ gegen die angebliche existenzielle Bedrohung durch die angebliche „iranische Atombombe“, um die öffentliche Meinung positiv zu beeinflussen. Eine Behauptung, die seit Jahrzehnten für die völkerrechtswidrigen Angriffe sowohl der USA selbst als auch durch Israel immer wieder aufgestellt wurde.

Bereits das Vorgehen Israels in Syrien, der Angriff auf das Hauptquartier der diplomatischen Vertretung Irans in Damaskus Anfang April 2024, bei dem unter anderem hochrangige iranische Militärangehörige ums Leben kamen, was eindeutig gegen internationales Recht verstößt, ist ein schwerwiegendes Kriegsverbrechen, ist eine Provokation mit dem Ziel, den Krieg am Persischen Golf auszuweiten. Dieser sollte den iranischen Einfluss in Westasien schwächen und Israel als Vorwand für verstärkte Angriffe auf iranisches Territorium dienen. Dieser Plan scheiterte zwar im gegebenen Moment, zeigt jedoch dass es sich bei der jüngsten Aggression um ein langfristig vorbereitetes Verbrechen handelt.

Das offensichtliche und unbestreitbare strategische, politische und militärische Ziel des US-ame-

rikanischen Aggressionskrieges, hauptsächlich vermittelt Israels, ist ein Regimewechsel im Iran. Die Forderungen des US-Imperialismus gegenüber dem Iran und die umgehend erklärte Unterstützung durch die „G7-Staaten“ machen dies deutlich.

Dabei handelt es sich, wie gesagt, um einen seit langem bestehenden Plan, und auch der Übergang zum offenen Krieg gegen den Iran im Rahmen der aktuellsten Kampagne wurde durch eine Reihe von Schritten vorbereitet.

Von der Regierung des Völkermörders Biden zur aktuellen Regierung des Völkermörders Trump haben sie ihre imperialistische Verschwörung und ihren Kampf an den verschiedenen Brennpunkten derart gestaltet, dass ein „Neuer Naher Osten“ im Mittelpunkt steht.

Bei jeder Gelegenheit zielen die US-Imperialisten auf die größeren und bedeutenderen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ziele des Iran. Zusammen mit schärferen Wirtschaftssanktionen zielen diese darauf ab, den Iran, sowohl intern als auch extern, allumfassend zu schwächen.

Der Iran sollte geschwächt werden, um im gegebenen Moment schnell zuschlagen zu können. Die USA sind in dieser Frage an einem raschen Verlauf interessiert. Ein langwieriger Krieg liegt nicht in ihrem Interesse.

Der letzte Teil des Plans war durch einige geheime Abkommen bzw. Absprachen zwischen dem US-Imperialismus, dem russischen Imperialismus und dem chinesischen Sozialimperialismus gekennzeichnet.

In Zwist und Verschwörung mit den anderen imperialistischen Mächten wollten die USA den Iran von Russland und China isolieren. Letztere haben ebenfalls politische, wirtschaftliche und militärische Interessen in der Region. Die Sanktionen gegen iranisches Öl deuten in diese Richtung, denn Russland profitiert ebenso wie die Golfmonarchien von diesen Sanktionen, ebenso wie Saudi-Arabien, wo die chinesischen Sozialimperialisten ihre größten Investitionen am Golf tätigen.

Die ausbleibenden Reaktion von Seiten Chinas und insbesondere Russlands auf den jüngsten Überfall auf den Iran zeigen, wie weit dieser Prozess fortgeschritten ist.

Mitte März wurde eine geheime Vereinbarung der Yankees mit den Chinesen über die Verlegung von Luft- und Seestreitkräften aus dem Indopazifik ins Arabische Meer unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Houthis bekannt. Im Juni folgten dem weitere Absprachen zwischen Trump und dem Sozialimperialisten Xi Jinping.

Bezüglich der russischen Imperialisten, wurde der Fall Syrien bereits im Dezember besprochen worden. Im Gegenzug sollten die USA die Lage für Putin in der Ukraine entspannen.

Wenige Tage vor den Angriffen auf den Iran sprachen Trump und Putin schließlich mehr als zwei Stunden lang miteinander. Trump erklärte anschließend, es sei ein fruchtbares Gespräch gewesen, bei dem die Ukraine und der Iran besprochen worden seien.

Um den Angriffskrieg einzuleiten, haben die USA und Israel ihre Pläne durch aufeinanderfolgende



Militärkampagnen mit Zielen entwickelt, die sich auf die Levante, genauer Palästina-Libanon-Syrien, als Hauptachse und auf die Achse Jemen-Iran-Irak, als Nebenachse, konzentrierten.

Die objektive Lage eröffnet die Möglichkeit eines tiefgreifenden Wandels im Iran. Eine andauernde bzw. wiederholte ungerechte militärische Aggression der USA, auch vermittelt Israels, gegen den Iran könnte tatsächlich zu einem Widerstandskrieg führen, in welchem das derzeitige Regime unter Khamenei einen gerechten Krieg führen würde, um sein Land gegen die imperialistische Aggression, vor allem der USA, zu verteidigen.

Dies, zusammen mit einem andauernden nationalen Widerstandskrieg des Volkes Palästinas, würde die Völker der weiteren Region sicherlich noch mehr zum Aufstand gegen den US-Imperialismus und seine arabischen Lakaien anstacheln.

Kämpfe in einen Volkskrieg verwandeln, der die demokratische Revolution zum Höhepunkt bringt und so eine echte Veränderung der politischen Situation zu unseren Gunsten, dem internationalen Proletariat und den Völkern der Welt, herbeiführt.

Die Frage des Irans, so wie die Situation in der gesamten Region, kann nicht isoliert von der Palästina-Frage betrachtet werden. In Westasien, dem sogenannten Nahen und Mittleren Osten, lodern die Flammen des Krieges überall. Die lokalen und regionalen Konflikte und Kriege drohen zum Flächenbrand zu werden.

Zentral in dieser Region ist die Völkermordkampagne gegen das Volk Palästinas, der Krieg und die Vertreibung durch Israel als Teil des USA-Plans, den Abraham Abkommen, und der palästinensische Widerstand.



Die Befreiungsbewegungen, die Widerstandsbewegungen und die nationalen Bewegungen benötigen, damit sie sich in eine Revolution verwandeln können, Kommunistische Parteien, die diese

Seit Beginn der neuen Phase des israelisch-palästinensischen Krieges mit der palästinensischen Gegenoffensive am 7. Oktober 2023 hat Israel versucht, mittels eines barbarischen Völkermords

den palästinensischen Widerstand zur Kapitulation zu zwingen.

Die Operation „al-Aqsa-Flut“ kann und muss, trotz des immensen Blutzolls, den das Volk Palästinas bereitwillig bezahlt, insbesondere in einer Hinsicht als großer Erfolg betrachtet werden:

Der Versuch der US-Imperialisten und seiner israelischen Handlanger die Sache Palästinas zu isolieren, um anschließend dem Widerstand einen verheerenden Todesstoß zu versetzen, die nationale Befreiungsbewegung Palästinas gänzlich und final zu unterwerfen, scheiterte am 7. Oktober des Jahres 2023. Die wachsamen Augen der Völker der Welt richteten sich erneut auf den schmalen Streifen Landes am Mittelmeer.

Die völkermörderische Regierung Israels, mit dem international gesuchten Verbrecher gegen die Menschlichkeit, Benjamin Netanyahu, an der Spitze, sowie eine ganze Reihe ziviler und militärischer Autoritäten in Israel und imperialistischen Ländern, wie - allen voran - den USA, aber insbesondere auch England, Frankreich und Deutschland, versucht, der Ablehnung und Verurteilung des anhaltenden Völkermords insbesondere durch die arabischen Völker und aber auch die Völker der ganzen Welt entgegenzuwirken.

Der laufende israelische Völkermord gegen das Volk Palästinas beinhaltet die systematische Vernichtung Zehntausender Menschen jeden Alters, durch Verhungern und Verdursten als Waffen des Krieges, sowie die perversesten unmittelbaren Massaker.

Außerdem findet ein allumfassender weißer Terror und eine Vertreibung der anderthalb Millionen Menschen innerhalb des Gazastreifens statt.

Alles mit dem Ziel den Gazastreifen „ethnisch zu säubern“ und das Volk Palästinas vorzugsweise nach Ägypten zu vertreiben.

Damit verletzt Israel massiv seine Verpflichtungen als eine Besatzungsmacht: die Zivilbevölkerung des besetzten Landes zu unterstützen, zu ernähren, zu versorgen und zu beschützen.

Um sich die Unterstützung der verschiedenen Imperialisten und deren Lakaien in der Region zu sichern, hat Israel verschiedenste militärische Angriffe gegen verschiedene Länder – Syrien, Iran, Irak, Libanon und Yemen –, sowie deren Streitkräfte und weitere Ziele in der Region durchgeführt.

Israel versucht dadurch den Krieg auszuweiten, indem sie über ihre Grenzen hinaus arabische bewaffnete Organisationen angreift, die die palästinensische Sache unterstützen, vor allem solche mit schiitischer politisch-religiöser Ausrichtung, denen Israel unterstellt, dass diese vom Iran unterstützt und gelenkt werden.

Was den Iran betrifft, ist das Ziel das Unterbinden jeglicher Hilfe und Unterstützung, die aus dem Iran für den palästinensischen Widerstand erbracht werden könnte, und den Schulterschluss, d.h. die erneute Unterwerfung, der reaktionären arabischen Staaten am Golf und Ägypten in dieser Frage.

Folglich hat die Palästinafrage und die Entwicklungen in Westasien weitreichende Auswirkungen. Eine korrekte Handhabung der Ereignisse ermöglicht es, den Hauptwiderspruch heute und auch in Perspektive zu erkennen:

Die Verbindung des Hauptwiderspruchs zu und seine Implikationen auf lokale, regionale und sogar Weltkriege (als Möglichkeit, aber nicht als Haupttendenz), sowie die Merkmale antiimperialistischer Kriege, Widerstandskriege, nationaler Befreiungskriege oder Revolutionen in den unterdrückten Nationen. All dies verdeutlicht den Hauptwiderspruch in der heutigen Welt und widerbestätigt, dass die unterdrückten Nationen die Basis der Revolution - als Haupttendenz - in der Welt bilden.

All dies unterstreicht die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei, die die demokratische Revolution, durch den Volkskrieg, zu ihrem Ende führt, die Imperialisten aus dem Land verjagt und unmittelbar zur Entwicklung einer sozialistischen Revolution übergeht, die Diktatur des Proletariats errichtet und schließlich mit der gesamten Menschheit durch Kulturrevolutionen zum Kommunismus marschiert. •

HEIDI REICHINNEK EINE LINKSRADIKALE IKONE?

Die Linkspartei galt kürzlich noch als bedeutungslos, hatte politisch (zumindestens auf Bundesebene) keine Relevanz mehr und nach dem Austritt von Sahra Wagenknecht und dem BSW fehlte es ihr an charismatischen Personen, die als Aushängeschild der Partei dienten. Dies änderte sich, als klar wurde, dass es im Frühjahr 2025 zu Neuwahlen kommen würde. Ab da konnte man auf den Sozialen Medien, die viele Millionen von Menschen täglich nutzen, besonders einer Frau nicht mehr entkommen: Heidi Reichinnek.

SCHNELLE POLIT-KARRIERE

Mit ihren 37 Jahren ist die in Sachsen-Anhalt geborene und aufgewachsene Reichinnek bedeutend jünger als viele andere Politiker des Bundestages. Sie studierte Nah-Ost-Studien und Politikwissenschaften. Danach arbeitete sie bis zu ihrem Einzug in den Bundestag 2021 in verschiedenen Bereichen der Sozial-/Jugendhilfe. Ihre bekannte politische Karriere begann 2015 mit dem Eintritt in die Linkspartei und deren Jugendorganisation „Linksjugend.solid“, es folgten verschiedene Ämter.

2021 kam Reichinnek in den Bundestag und war dort Teil von Kommissionen und Ausschüssen für verschiedene soziale und ökologische Belange. Heute ist sie Fraktionsvorsitzende der bürgerlichen Partei „Die Linke“. Neben ihren offiziellen Posten ist sie allerdings vor allem eins: Das Aushängeschild einer Linkspartei, die jünger, cooler, weiblicher und vor allem linksradikaler als je zuvor ist bzw. als solche ausgibt.

TIKTOK GEGEN DAS „ESTABLISHMENT“

Ausschlaggebend für das neue Image der Linkspartei, die vorher mit der „Mission Silberlocke“ der Parteigreise Gregor Gysi, Bodo Ramelow und Dietmar Bartsch verzweifelt versuchte, die Wählerstimmen für sich zu gewinnen,

ist vor allem der Erfolg und die Popularität von Heidi Reichinnek.

Mit Reichinnek gelang der Linkspartei dieser Sprung aus der Bedeutungslosigkeit scheinbar über Nacht. Ihre sogenannte „Brandmauer-Rede“ ging über Nacht viral, erreichte allein auf TikTok über sechs Millionen Klicks. Eine Rede, die sie im Bundestag hielt, als die CDU mithilfe von FDP und der AfD das Migrationsrecht verschärfen wollte und deren „Zusammenarbeit“ sie anprangerte. Die CDU und v.a. Friedrich Merz hätten die Stimmen der AfD gesucht und damit eine (demokratische) Brandmauer – die freilich nicht existiert – eingerissen.

Heidi Reichinnek wurde damit zur „TikTok-Queen“, wie sie von einigen bürgerlichen Medien genannt wurde und gehört heute zu den bürgerlichen Politikern in der BRD mit den meisten Followern in den Sozialen Medien. Damit verhalf sie der Linkspartei zu einem Rekordanstieg ihrer Neu-Mitglieder, vor allem junger Menschen, und Umfragewerten, die einen Einzug in den Bundestag möglich machten.

DER ERFOLG DER LINKSPARTEI – EIN SPIEL MIT DEN SORGEN DER MENSCHEN

Heidi Reichinnek und die Linkspartei wissen, wie sie Wählerstimmen, vor allem der jungen Menschen bekommen können: Während die Krise des deutschen Imperialismus sich verschärft, geht es vielen Menschen immer schlechter.

Die Mietkosten wuchern, die Lebensmittelkosten steigen und eine starke Reaktionarisierung der Gesellschaft schreitet weiter voran - u.a. die immer stärker auftretende Zensur, Stigmatisierung von Opposition, die Reform des Migrationsrecht, staatliche Gewalt gegen Demonstrationen, etc.

Dazu der drohende „soziale Abstieg“ vieler, denen es vor einigen Jahren noch ganz gut ging innerhalb



diesem Systems, vor allem Teilen der Kleinbourgeoisie und die mittleren Schichten des Proletariats: Das ist das Wahlklientel der Linkspartei.

Die Partei „Die Linke“ versteht es die wachsende Unzufriedenheit mit den anderen bürgerlichen Parteien und sogar die Opposition gegen den deutschen Imperialismus als solchen, die in Teilen der Bevölkerung besteht, zu kanalisieren.

Ihre Galionsfiguren, allen voran Heidi Reichinnek, geben den Menschen dem Schein nach, genau das, was sie haben wollen. Durch einen „bürgernahen“ Wahlkampf, bei dem die Linkspartei in ganz Deutschland mit den Menschen an ihrer Haustür sprach, sammelten sie die Themen für ihren Wahlkampf, v.a. die zu hohen Mieten, zu hohe Lebensmittelkosten und die Forderung nach einem höheren Mindestlohn.

Hilfe bei zu hohen Heizkosten kann man sich auch auf der Website der Linkspartei holen. Eine höhere Besteuerung von Milliardären sogar bis hin zu ihrer Abschaffung wird gefordert, da diese die „Demokratie“ gefährdeten, man blicke nur das Beispiel des Apartheid-Profiteurs und mittlerweile geschassten „best buddy“ von Präsident Trump, Elon Musk.

Heidi Reichinnek weiß den Kult um ihre Person genau für die Interessen der bürgerlichen Ordnung einzusetzen

Dazu kommen Statements von Reichinnek, wie solche, dass man den Kapitalismus überwinden wolle, denn das könne man laut dem Grundgesetz – behauptet die Linkspartei. Laute „Alerta, Alerta, Antifascista!“-Rufe beim Einzug in den Bundestag. Das alles aufgemacht in ansprechenden Videos auf den sozialen Medien von TikTok, über Instagram bis hin zu YouTube.

ZWISCHEN „AUF DIE BARRIKADEN“ UND „TAX THE RICH“

Die Linkspartei und besonders Heidi Reichinnik verbreiten den Eindruck, dass sie es ernst meinen mit ihrem Antifaschismus und Anti-Kapitalismus, wenn sie ihre „Brandmauer-Rede“ mit „Auf die Barrikaden“ schließt und es immer wieder darum geht, Reichen das Geld wegzunehmen und es den Armen zu geben.

Das scheinen teilweise radikale Forderungen zu sein, die die Linkspartei da in ihrer Propaganda unters Volk bringen will. Genau diese Radikalität, wenn sie auch nur heuchlerisch vorgetäuscht ist, trifft genau den Nerv vieler junger Menschen, die ernsthaft den Faschismus ablehnen und in Opposition zum System als ganzem geraten sind.

Mit dieser Wut und teilweise auch der Angst der jungen Menschen spielt die Linkspartei. Sie gibt zu verstehen, dass sie die einzige Kraft sei, die sich den Faschisten in den Weg stellen könnte. Die Linkspartei sei die „Antifa-Partei“, wird vorgetäuscht.

Die Linkspartei sei die einzige Kraft, die sich fest auf der Seite der „kleinen Leute“ sehe und ihre Interessen vertrete. All das vor allem durch parlamentarischen „Kampf“, welcher natürlicherweise als alternativlos verkauft wurde.

Es hieß nicht mehr, dass man wenigstens irgendwas wählen sollte, sondern ganz konkret die Linke, um die AfD bei der Wahl zu schwächen. Die „links-radikale“ Verpackung, die die Linkspartei für sich wählte, funktionierte und bescherte ihr ein Wahlergebnis von fast 9%.

Die Linkspartei behält dieses Image bei, allen voran ihr TikTok-Testimonial Heide Reichinnek. Zwischen Informationsvideos finden sich auch immer wieder Videos, unterlegt mit dem alten italienischen Partisanenlied „Bella Ciao“ oder dem polnischen Arbeiterlied „Warschawjanka“, zu dem Reichinnek nicht aus Zufall eine Referenz in ihrer „Brandmauer-Rede“ gemacht hat.

Klingt nach Klassenkampf?

STÄRKUNG DER DIKTATUR DER BOURGEOISIE

STATT KLASSENKAMPF

Die Linkspartei ist eher eine kleine Partei, die bis auf einige wenige Ausnahmen keine besonderen Ämter inne hat – so zumindest die bundesdeutsche Wahrnehmung. Ihre strukturelle Verankerung im Osten Deutschlands, als Nach-Nachfolgeorganisation der revisionistischen SED, hat sie dort immer wieder in Regierungen geführt, teilweise haben sie diese sogar angeführt. Sie waren Teil der Deutschlandweiten Einheitsregierung (über ihre Beteiligung im Bundesrat) aller relevanter bürgerlicher Parteien – (noch) mit Ausnahme der AfD.

Doch war die Linkspartei in ihrer Außendarstellung immer darauf bedacht, selbst wenn sie

den Ministerpräsidenten stellte und in ihrer Praxis keinen Deut von Opposition zu finden war, ihr Image als Opposition aufrecht zu erhalten.

Heute stellen sie keinen Ministerpräsidenten mehr und das macht sie zu einer Oppositionspartei, die – da sie sowieso nichts großes bewegen kann – so ziemlich alles sagen kann, was sie will.

Selbst, wenn Heidi Reichinnek sagt, dass sie den Kapitalismus stürzen und Millionäre enteignen will, dann darf sie das, ohne verboten zu werden. Warum? Weil die Linkspartei einen wichtigen Zweck erfüllt, wie die letzte Bundestagswahl deutlich gezeigt hat:

Sie holt Menschen, die in Opposition zu dem herrschenden System sind zurück in die Reihen der bürgerlichen Demokratie. Sie lenkt die gerechtfertigte Wut der Massen und heute besonders der jungen Massen in geregelte Bahnen, die vom bürgerlichen Staat kontrollierbar sind.

Es ist deutlich, dass diese Massen nicht mehr still schweigen wollen. Beispiele wie die Kämpfe der jungen Menschen mit der Polizei bei Palästina-Demonstrationen, genauso wie die Konfrontation des deutschen Staats und seiner Medien mit russischen Menschen seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine, die großen Proteste gegen die Corona-Maßnahmen und die Repression gegen weite Teile der Muslime, wie die Schließung der blauen Moschee, zeigen das ganz deutlich.

Die Organisation in einer bürgerlichen Partei, die zwar verbal-radikal von Klassen und einem „demokratischen Sozialismus“ redet, diesen aber innerhalb der bestehenden Strukturen errichten will, wird nicht zu einem irgendwie relevanten Wandel und schon gar nicht zum erhofften Sieg der Arbeiterklasse führen.

Das hat die Geschichte mehr als einmal eindrucksvoll bewiesen. Die Klasse, die an der Macht ist, die Bourgeoisie, wird ihre Macht nicht aus den Händen geben, nur weil eine Partei im Bundestag, den die Bourgeoisie übrigens geschaffen hat, ein paar mehr Sitze hat.

Die gerechtfertigte Wut muss organisiert werden, aber in einer Organisation, die den bürgerlichen

Wahlvereinen den Kampf ansagt und voll und ganz im Interesse der Ausgebeuteten und Unterdrückten kämpft und eine Revolution und damit den Sturz der Bourgeoisie erreichen wird.

Heidi Reichinnek sowie alle anderen führenden Persönlichkeiten der Linkspartei gaukeln mit ihrer Verbalradikalität Rebellion vor, aber sammeln in Wahrheit die (zurecht!) vom Wege der bürgerlich demokratischen Grundordnung abgekommenen Menschen ein.

Damit verdreht Heidi Reichinnek genau das, was sie als Schriftzug neben dem Rosa Luxemburg-Tattoo auf dem Arm als Zitat ebendieser stehen hat: „Eure ‚Ordnung‘ ist auf Sand gebaut.“

Die Genossin Rosa Luxemburg, eine der Gründer der Kommunistischen Partei Deutschlands, die für ihren Kampf von der deutschen Reaktion ermordet wurde, hatte zutiefst Recht.

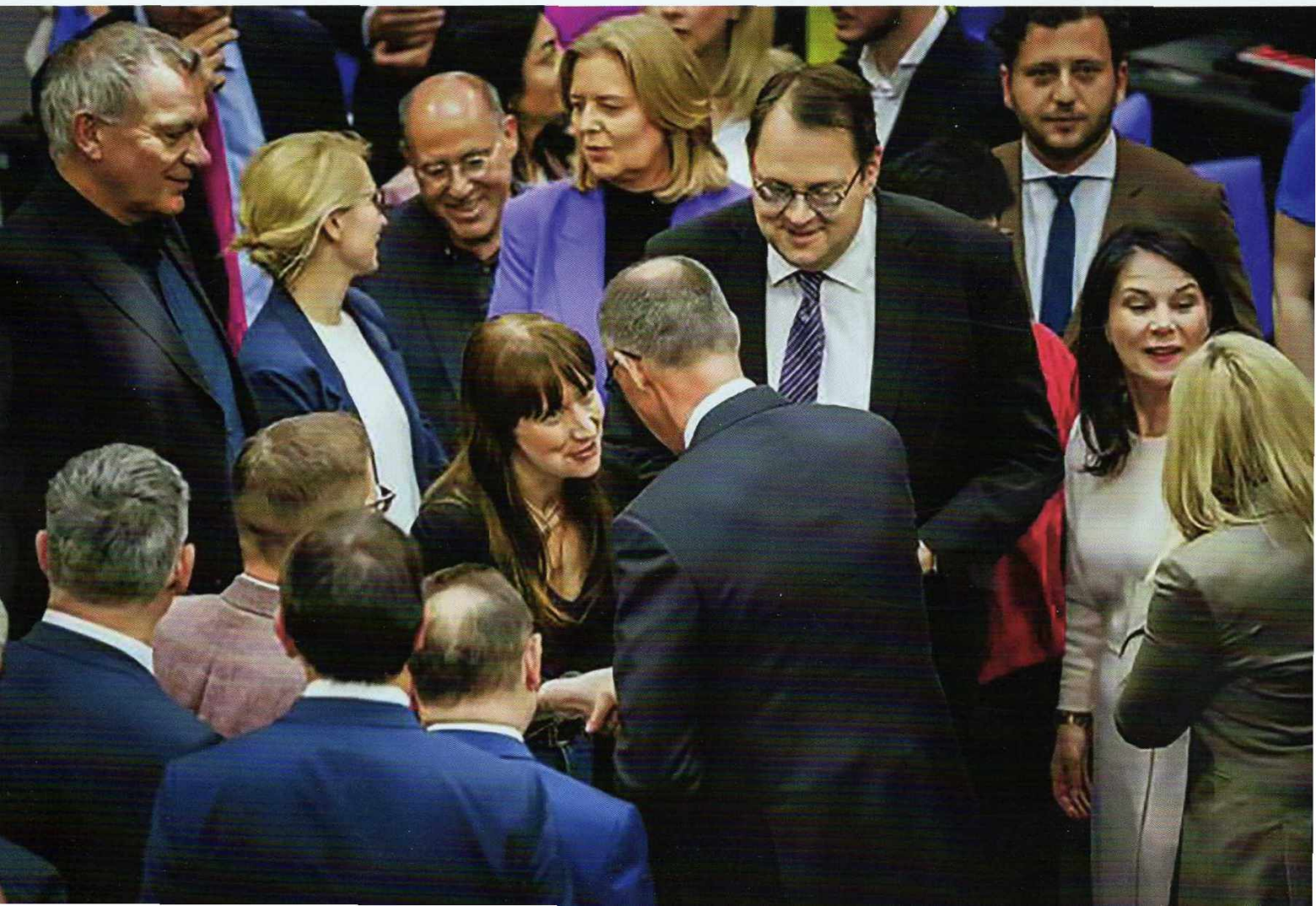
Das aber, was Heidi Reichinnek zusammen mit ihrer Partei fabriziert, ist der Versuch aus Sand Stahlbeton im Fundament der bürgerlichen Ordnung zu schaffen. Freilich eine Unmöglichkeit.

Statt Heidi Reichinnek oder anderen Apologeten des deutschen Imperialismus zu folgen, sollten wir dem Beispiel von Rosa Luxemburg folgen.

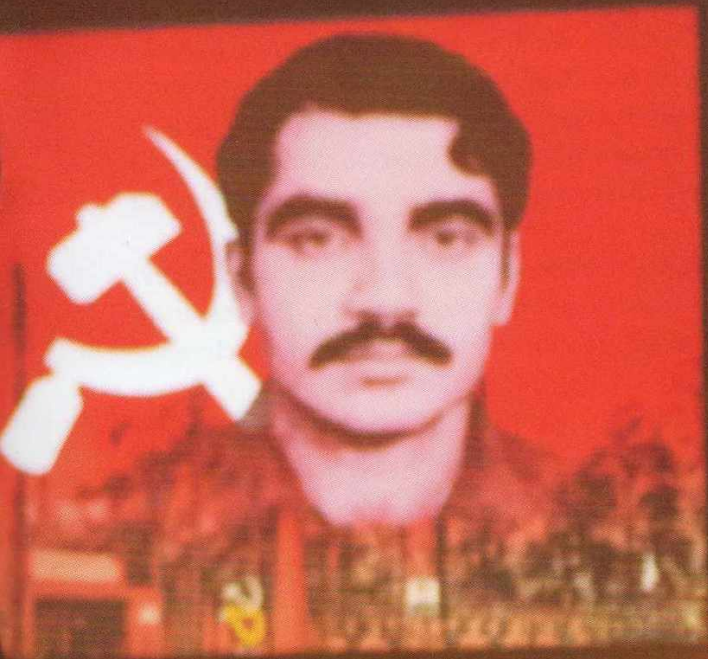
Rosa Luxemburg kämpfte unermüdlich. Sie schuf die große Kommunistische Partei Deutschlands mit. Sie entsprach der Notwendig bis zu ihrer Ermordung durch die Bourgeoisie, für die Organisation der Arbeiterklasse unter der Kommunistischen Partei Deutschlands und für die Revolution kämpfte.

Rosa Luxemburg war ein Adler. Heidi Reichinnek ist eine Demagogin im Dienste des Kapitals. •

*Gratulation an den Betrüger Friedrich Merz nach dessen Wahl zum Bundeskanzler:
Aller Streit ist vergessen, im Namen der bürgerlichen Demokratie*







NEUE REGIERUNG ALTE PROBLEME

Standard-Prozedere im Bundestag: Die Wahl der Richter am Bundesverfassungsgericht steht auf der Tagesordnung. Eine Formalie, eigentlich. Doch diese die Richter-Wahl sollte sich zum politischen Chaos entwickeln, das weder vom Kanzler dem Betrüger Friedrich Merz noch dem Fraktionsstrippenzieher und Corona-Kriminellen Jens Spahn gestoppt werden konnte.

Plagiats Vorwürfe gegen die von der SPD vorgeschlagenen Richterkandidatin Frauke Brosius-Gersdorf standen plötzlich im Raum (und wurden ebenso schnell wieder zurück gezogen) und dienten als Vorwand für einen Teil der Union ihrer Führung die Gefolgschaft zu versagen.

Tatsächlich geht es jedoch um liberal-demokratische Positionen von Brosius-Gersdorf bezüglich Impfungen, Abtreibungen und dem Tragen von Kopftüchern.

Diese nennen Teile der CDU „gesellschaftspolitische Extrempositionen“. Es waren die reaktionärsten Teile der Union die gegen die Richterwahl Sturm liefen.

Nun gerät allen voran Unions-Fraktionschef Spahn unter Druck. Ein eklatantes Führungsversagen von Spahn war es, denn er selbst hat alle drei Richter gemeinsam mit der SPD vorgeschlagen.

Die Unfähigkeit von Spahn die internen Widersprüche der Unionsfraktion korrekt zu handhaben hat direkt eine – vielleicht vermeidbare – Regierungskrise verursacht.

Kanzlerwahl und Richterwahl zeigen ein Muster: Die Widersprüche innerhalb der Christdemokratischen Union, im „Wettbewerb von Rechts“, d.h. im Versuch die AfD zu „neutralisieren“, bringen stärkere Kräfte innerhalb der CDU/CSU mehr und offenere reaktionäre Positionen voran.

So kommt die faschistische Tendenz immer stärker zum Ausdruck.

Schon bei der Wahl zum Bundeskanzler hatte es innerhalb der Koalition, womöglich bzw. wahrscheinlich innerhalb der Unionsfraktion, etliche Nein-Stimmen gegeben. Friedrich Merz scheiterte im ersten Wahlgang.

Das Ganze ist innerhalb des parlamentarischen Zirkus deshalb so brisant, weil die gegenwärtige „Große Koalition“ in der Tat überhaupt nicht groß ist.

Die Mehrheit für Schwarz-Rot ist denkbar dünn. CDU/CSU und SPD haben nur 328 der 630 Stimmen im Bundestag, also lediglich ein Dutzend mehr als die Mehrheit, die sie tagtäglich braucht.

Für manche wichtige Entscheidung braucht man aber mehr Stimmen, es kommt also auf die „Opposition“ (die keine wirkliche Opposition ist) an.

Die gegenwärtige Regierung hat es bislang nicht geschafft, die Frage zu klären, wie sie Zwei-Drittel-Mehrheiten in diesem Bundestag organisieren will. Darum wurde der Bruch der Schuldenbremse noch durch den vorherigen Bundestag beschlossen.

Die Unionsfraktion hat nicht nur mit der AfD, sondern auch mit der Linkspartei einen sogenannten Unvereinbarkeitsbeschluss, der offizielle politische Zusammenarbeit verhindert. Ein Bruch einer dieser Beschlüsse würde bereits bestehende interne Spannung anzunehmender Weise zur Explosion bringen.

Die schlechte Performance von Jens Spahn, der gleichzeitig mit Corona-Masken-Skandalen zu kämpfen hat, bringt ihm dann auch unverzüglich Rücktrittsforderungen ein.

Eine handfeste Koalitionskrise nach nur einhundert Tagen – das muss man erst mal schaffen. Es scheint, dass die Querelen der vorherigen Bundesregierung sich in der aktuellen fortsetzen.

Allerdings ist dies nicht die einzige Baustelle der aktuellen Regierung. Der neue Haushaltsentwurf basiert vor allem auf den Ausnahmeregelungen für Ausgaben für Aufrüstung und das „Sondervermögen Infrastruktur“, das Ende der Schuldenbremse, wodurch sich Friedrich Merz seinen Beinamen „Betrüger“ erwarb, weil er noch vor Amtsantritt eines seiner wesentlichen Wahlkampfversprechen brach.

Jedoch hinterlässt die finanzpolitische Amokfahrt Spuren. Die Nettokreditaufnahme soll sich im kommenden Jahr auf 3,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts belaufen und in den Folgejahren auf dem Niveau verharren.

Zum Ende der Legislaturperiode besteht im Zuge der dann steigenden Zinsausgaben und der einsetzenden Tilgung der Corona-Kredite ein sogenannter „Konsolidierungsbedarf“, den die Regierung noch vor sich herschiebt. Spätestens zu 2029 hin „muss“ die Regierung sparen, weiß aber noch nicht wo und wie.



Es bleibt bei der altbekannten Weisheit, dass alle Maßnahmen der Regierung zur Überwindung der gegenwärtigen Krise, die Grundlage dafür schafft, dass die nächste zyklische Krise noch heftiger zuschlägt.

Nur mit den neuen Schulden kann die schwarz-rote Koalition den angestrebten Ausbau des Staatskapitalismus betreiben und steigende Militärsausgaben finanzieren - Haushaltspolitik nur noch über Sondervermögen und Ausnahmeregelungen.

Das Sondervermögen und die Ausnahme in der Schuldenbremse sollten ein fiskalischer Befreiungsschlag sein, werden aber absehbar zum Boomerang. Man musste sich mit Ausnahmeregeln Spielraum schaffen, weil die Spielräume im normalen Haushalt so klein sind, dass damit große Herausforderungen nicht ansatzweise bewältigt werden könnten. Solche Situationen werden durch eben diese Maßnahmen in Zukunft noch wahrscheinlicher werden.

Dabei gibt es Besonderheiten, bezüglich der steigenden Zinsausgaben. Viele Kredite kosten viele Zinsen, aber anders als bei dem schon länger existierenden Sondervermögen für die deutsche Armee werden die Zinsen für das neue Sondervermögen aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Dasselbe gilt für die neuen von der Schuldenbremse ausgenommenen Mittel fürs deutsche Militär.

Dazu kommt: die sogenannten Babyboomer gehen in Rente, es wird absehbar noch größere Anstiege bei der Kranken- und Pflegeversicherung geben und dazu kommt eine anzunehmende steigende Arbeitslosigkeit, also steigenden Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung, Posten, die der neue Haushalt nicht abdeckt.

Auch das erhoffte Wirtschaftswunder lässt auf sich warten. Nachdem im ersten Quartal ein mageres Wachstum von weniger als einem halben Prozent zu verzeichnen war, zeigen die neusten Zahlen, dass im zweiten Quartal wieder Stagnation einsetzt. •

ZWANGSRÄUMUNGEN IN DUISBURG

Stell dir vor, es ist morgen. Der Stadtteil, in dem du lebst, ist ruhig und erwacht gerade. Doch plötzlich wirst du vom Ordnungsamt aus dem Bett geklingelt und erfährst, dass du sofort deine Wohnung verlassen musst, da sie geräumt wird.

Du hast keinen Ort, an dem du mit deinen Kindern unterkommen kannst, und wirst buchstäblich auf die Straße gesetzt. Neben dem Ordnungsamt ist auch die Polizei anwesend, um sicherzustellen, dass du keinen Widerstand leistest.

Dieser Albtraum ist in Duisburgs Arbeiterstadtteil Marxloh seit über einem Jahrzehnt bittere Realität. Die Stadt Duisburg lässt seit 2014 durch eine Taskforce unangekündigt Häuser zwangsräumen. Vor allem Bulgaren und Rumänen verlieren dabei ihr Zuhause, meist Romnja und Roma.

Das Ordnungsamt führt diese Zwangsräumungen regelmäßig durch. Als Begründung werden bauliche Mängel genannt, obwohl viele der betroffenen Häuser seit Jahrzehnten bestehen und die Wohnungen gut erhalten sind. Doch Familien, auch mit kleinen, kranken oder behinderten Kindern, werden trotzdem auf die Straße gesetzt.

Diese Art von Terror richtet sich explizit gegen Arbeitsmigranten und während der Zwangsräumungen gibt es häufig keinen Dolmetscher, um die betroffenen Familien, die oft schlecht Deutsch sprechen, über ihre Rechte und die Situation zu informieren.

Den Müttern und Vätern werden keine Ersatzwohnungen angeboten, und sie erhalten keinerlei Unterstützung bei der Wohnungssuche. Sie sind gezwungen, in Notunterkünften oder auf der Straße zu leben, obwohl sowohl Vermieter, als auch, wenn diese nicht tätig werden, die Stadt Duisburg rechtlich dazu verpflichtet sind adäquate Ersatzunterkünfte zu stellen.

Ein besonders prägnantes Beispiel für diese Praxis ist der Fall der IPG-Mieter in Marxloh. Die IPG (Ivere Property Management GmbH) ist ein Unternehmen, das Wohnungen unter sehr schlechten Bedingungen an arme, meist ausländische Arbeiter vermietet.

Ziel der IPG ist es, aus diesen Wohnungen möglichst viel Profit herauszuholen. Dabei scheut das Unternehmen nicht vor dresitem Betrug zurück, um seine Gewinne zu maximieren.

Seit über einem Jahr sind mehr als 800 Mieter der IPG in Marxloh von Zwangsräumungen bedroht. Der Grund: Die IPG hatte einfach die Zahlungen an die Stadtwerke eingestellt, obwohl die Mieter ihre Nebenkosten regelmäßig gezahlt hatten.

Die Stadt Duisburg jedoch drohte den Bewohnern der IPG-Häuser mit der Abstellung der Wasserzufuhr, was dazu führte, dass die Wohnungen angeblich nicht mehr bewohnbar seien. Die Mieter wurden aufgefordert, neue Wohnungen zu suchen, und sollten sich auf die Zwangsräumung vorbereiten.



Forderungen, dass die Mieter eigene Verträge für Strom und Wasser abschließen dürften, wurden von der Stadt, die so in Komplizenschaft mit der IPG handelte, abgelehnt.

Die Menschen in Marxloh gaben sich jedoch nicht einfach geschlagen. Durch Nachbarschaftsinitiativen wurde das Vorgehen der Stadt und der IPG öffentlich gemacht. Am 5. September 2024 fand eine Demonstration mit 400 Nachbarn in Marxloh statt.

Der öffentliche Druck führte dazu, dass die Stadt gezwungen war, die Wassersperre nicht wie geplant umzusetzen. Eine neue Verwaltungsfirma wurde eingesetzt, doch auch diese kümmerte sich – was nicht wirklich verwundert – nicht entsprechend um die Belange der Mieter.

Ab Dezember 2024 wurden die Zahlungen an die Stadtwerke erneut ausgesetzt. Die Mieter, die regelmäßig ihre Rechnungen bezahlt hatten, sahen sich erneut mit drohender Wassersperre konfrontiert und mussten wiederum mit einer Zwangsräumung rechnen – diesmal für den 3. April 2025.

Doch wieder einmal führte der öffentliche Druck zum Erfolg: Das Wasser wurde nicht abgestellt.

Für viele andere enden solche Situationen jedoch nicht so positiv. Ein Beispiel ist die Zwangsräumung am 14. April 2025 in der Wilfriedstraße 9. Dreiunddreißig Bewohner, darunter Mütter mit kleinen Kindern, wurden einfach auf die Straße gesetzt.

Es gab keinen Dolmetscher, keine Unterstützung und keine Hilfe von der Stadt. Aktivisten der Nachbarschaftsinitiativen kamen zu Hilfe, erklärten den Familien ihre Rechte und versorgten sie mit Wasser.

Für ihr Engagement wurden die Nachbarn vom Ordnungsamt mit Repressionen bedroht. Währenddessen fuhr ein lokaler SPD-Polit-Bonze ungerührt an der Szenerie vorbei, ohne sich für das Schicksal der betroffenen Familien zu interessieren.

In den Medien wurde später der bauliche Zustand des Hauses als Grund für die Räumung genannt: Das Gebäude soll von Ratten und Tauben befallen gewesen sein, die Elektroinstallationen seien mangelhaft und es habe erhöhte Brandgefahr gegeben.

Doch diese Mängel sind das Ergebnis jahrelanger Vernachlässigung durch den Eigentümer. In den Medien wurde perfide suggeriert, dass die Zwangsräumung für die Bewohner besser sei – ganz so, als ob das Leben in Obdachlosigkeit eine Verbesserung darstellen würde.

Am 27. Mai 2025 fand ein ähnlicher Vorfall an der Kaiser-Friedrich-Straße statt. Hier wurden ebenfalls Familien zwangsgeräumt. Das Haus sei angeblich unbewohnbar, doch nachdem die Wohnungen versiegelt waren, blieb die Gaststätte im Erdgeschoss weiterhin geöffnet.

Auch in anderen Stadtteilen Duisburgs gibt es solche Zwangsräumungen, wie zum Beispiel Anfang Mai in Hochfeld. Dort wurde eine Frau mit ihren zwei behinderten Kindern aus ihrer Wohnung



vertrieben. Sie musste in eine Notunterkunft in der Memelstraße ziehen.

Die Frau berichtete der bürgerlichen Presse, dass sie mit sieben anderen Menschen in einem Raum leben müsse. Es gibt dort weder genügend Stühle noch ein behindertengerechtes Pflegebett. Das Fehlen einer Badewanne erschwerte es ihr, ihr körperlich eingeschränktes Kind zu waschen.

Mit der Räumung gefährdet die Stadt eindeutig das Kindeswohl, welches immer wieder heuchlerisch von bürgerlichen Politikern und Institutionen für allerlei reaktionäre Schandtaten ins Feld geführt wird.

Auf die berechtigten Vorwürfe reagierte die Stadt mit leeren Phrasen: „Wir lassen die Betroffenen im Ernstfall nicht alleine. Das Sozial- und Jugendamt stehen immer bereit, um unmittelbar zu unterstützen.“

Diese Aussagen entpuppen sich als Lügen, denn während der Räumung waren keine Jugendamtsmitarbeiter anwesend, und auch später nahm keine solche Einrichtung in irgendeiner Form Kontakt zu der Familie auf oder bot Hilfe an.

Ende Juni rückte die „Taskforce Problemimmobilien“ erneut zu drei Häusern in Marxloh aus. Das Haus an der Kaiser-Friedrich-Straße/Ecke Hermannstraße wurde sofort wegen angeblicher „erheblicher Mängel“ geräumt. Anwohner wurden eingeschüchtert und vertrieben, die Polizei erteilte

Platzverweise gegen mindestens ein Mitglied der Gruppe „Marxloher Nachbarn“ und wollte einen weiteren Mann festnehmen.

Die Frau, die lautstark gegen den Einsatz der Taskforce und der Polizei protestiert haben soll, wurde deshalb von der Polizei in Gewahrsam genommen und mindestens fünf Stunden lang eingesperrt. Sie selbst erklärte, dass sie die Nachbarn lediglich über ihre Rechte informiert hätte: „Zum Beispiel, dass die Stadt ihnen eine Notunterkunft stellen muss.“

Auch hier war erneut ein chronisch krankes Kind direkt von den Maßnahmen der Stadt Duisburg betroffen.

Letztlich handelt es sich bei diesen Zwangs-räumungen um chauvinistische Angriffe auf die elementarsten Rechte der ärmsten Teile der Arbeiterklasse in diesem Land. Besonders betroffen sind häufig Arbeitsmigranten aus Südosteuropa.

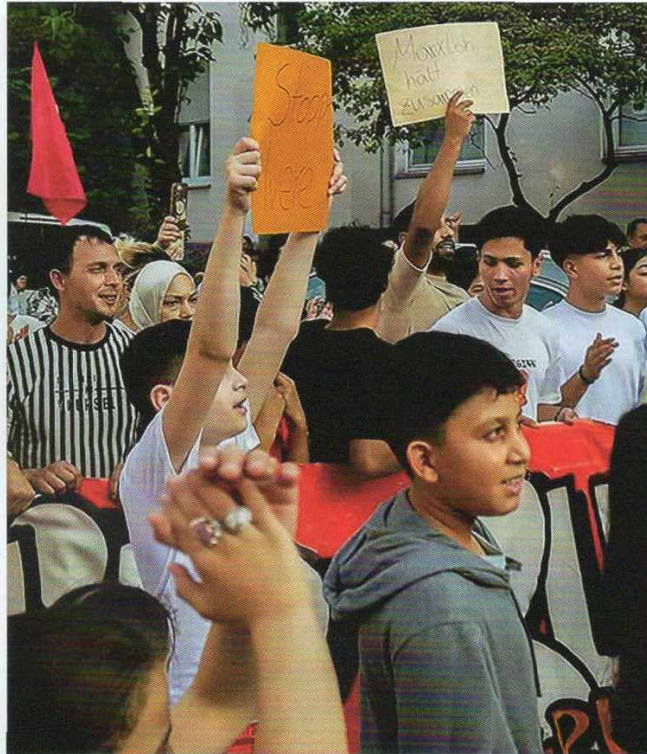
Die Medien und die Politik tragen zu dieser Entmenslichung bei, indem sie Hetze gegen diese Menschen schüren. Ganz weit vorne mit dabei ist Duisburgs Oberbürgermeister, Sören Link. Dieser spricht regelmäßig von einem „massiven Problem“ durch angeblichen „Sozialleistungsmissbrauch“ von EU-Ausländern aus dem Osten Europas.

Dabei ist es doch gerade so, dass Länder wie Rumänien und Bulgarien vom deutschen Imperialismus ausgeplündert und in massive nie



endende Armut gedrängt wurden. Den Menschen, die nach Deutschland kommen, werden dann alle Chancen verwehrt, während sie für die deutsche Wirtschaft härter ausgebeutet werden als es bei deutschen Arbeitern der Fall ist.

Gleichzeitig wird ihnen dann noch vorgeworfen, den „Sozialstaat“ auszunutzen, indem sie absichtlich nur schlecht bezahlte Billigjobs annehmen würden.



summen, die Aufschluss über Ausmaß und Bedeutung des Phänomens geben würden, liegen schlicht nicht vor.

Selbst bürgerliche Wissenschaftler erklären dazu, dass zwischen der staatlichen und nicht-staatlichen medialen Propaganda und dem, was darüber an Untersuchungen und Daten existiert, eine große Kluft besteht.

Trotz dieser umfassenden Hetze, eine vorwiegend von der Sozialdemokratie beförderte „Zigeunerhatz“, lässt sich die Arbeiterklasse

Entsprechend ist die Stellungnahme von Bärbel Bas, SPD, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, zum Bürgergeldbezug von angeblichen „Armutszuwanderern“. Dabei ließ sich die Ministerin über angeblich „mafiose Strukturen“ aus, die „Bürgergeld abschöpfen“ würden. Diese möchte Bas „zerschlagen“. Dabei setzt sie auf mehr Reaktionarisierung – mehr Kontrollen, mehr Überwachung, mehr Zwangsmaßnahmen.

Alternative Fakten a la SPD: Belastbare Zahlen zu organisiertem Sozialbetrug existieren nicht. Angaben zu Fallarten, Fallzahlen und Schadens-

in Duisburg nicht spalten. Die Menschen in den Nachbarschaften halten zusammen, organisieren sich und leisten Widerstand.

Besonders in Marxloh zeigt sich dieser Widerstand vorbildlich. Es ist dieser Widerstand, der zeigt, dass man nicht alles hinnehmen muss, und dass die Arbeiterklasse, wenn sie vereint kämpft, auch Erfolge gegen die Herrschenden erzielen kann – ganz so, wie es bei den IPG-Wohnungen der Fall war. •



DIE SAUBERSTE GROSSSTADT DEUTSCHLANDS?

Die Stadt Bremen hat sich unlängst den Titel der saubersten Großstadt des Landes gesichert. In Bezug auf die Umweltqualität in Deutschlands Städten, bei einer Untersuchung der 50 größten Städte punktete die Stadt unter anderem mit einem besonders niedrige Müllaufkommen pro Kopf.

Tatsächlich fallen in Bremen pro Jahr mehr als 250.000 Tonnen Müll an. Der Restmüll wird in Bremen im Müllheizkraftwerk im Norden Findorffs verbrannt. Papiermüll wird in Varel zu Kartonage verarbeitet. Der Gelbe Sack wird über das sogenannten duale System durch die Firma RMG Rohstoffmanagement GmbH entsorgt.

Die rund 25.000 Tonnen Bioabfälle werden per LKW bis nach Bohmte in der Region Osnabrück gebracht. Das sind etwa 120 km und das entspricht circa 45.000 Liter Diesel – gar nicht so öko, möchte man meinen.

Auch bei den Kosten ist Bremen mit vorne: Die jährlichen Kosten der Müllentsorgung betragen hier fast 330 Euro pro Jahr, das ist mehr als beispielsweise in Berlin (rund 225 Euro) oder Hamburg (knapp 270 Euro). In München muss man tatsächlich nur etwa 205 für die jährliche Müllentsorgung zahlen.

Dabei ist Bremen noch vor Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Brandenburg das „ärmste Bundesland“. Zwischen 25 und 30 Prozent, je nach Statistik, der Bremer gelten in Bezug auf Einkommen und durchschnittlich notwendige Ausgaben als arm, mehr als jeder Vierte.

Beim Titel sauberste Großstadt fallen einem dann auch die Müllplätze in den Randgebieten der Stadt ein. In Gröpelingen und Tenever kann man ein munteres Treiben der schon fast arbeitsteilig vorgehenden Krähen und Ratten beobachten die sich über die zwar eingezäunt, aber im Freien herum stehenden Mülltonnen her machen. Sogar in der Vahr sind die Mülltonnen (zumindest teilweise) eingehaust, hier nicht.

Der durch den Wind dann weit verbreitete Müll sammelt sich unter anderem auf den Spielplätzen unserer Viertel. Dazu kommen Glasscherben und Hundekot, weil es weder für junge Leute Orte zum Feiern gibt, die sie sich leisten könnten, noch genug Auslaufflächen für diesogenannten besten Freunde des Menschen.



Bis 2021 waren verschiedene Träger für die Müllentsorgung auf den Bremischen Spielplätzen zuständig, dann wurde zunächst die Bremer Stadtreinigung allein verantwortlich dafür. Für den damaligen Plan der Sozialbehörde wurden sogar Gesetze geändert.

Mittlerweile teilen sich der Umweltbetrieb Bremen (UBB), die gemeinnützige Gesellschaft „Jugendhilfe und Soziale Arbeit“ und kleinere Träger die Arbeiten untereinander auf.

Man kann auch nicht behaupten, dass die chronisch-pleite-Stadt Bremen, pleite vor allem auch durch den jahrzehntelang aufgebauten SPD-Filz, gar kein Geld für die Reinigung der Bremer Spielplätze ausgeben würde.

Bremen gibt rund 1,3 Millionen Euro jährlich für Spielplatzpflege aus. Die Stadt rechnet mit einer Pauschale von 2,54 Euro pro Quadratmeter Spielfläche. Dieses Geld wird auch für Verkehrssicherheitskontrollen, Sandaustausch und -reinigung, Gehölzschnittarbeiten, kleinere Reparaturen, Wartung von Wasserpumpen, Baumpflanzungen sowie Rasenmähen verwendet.

Es zeigt sich jedoch, dass diese Summe bei Weitem nicht ausreicht, denn auf manchen Spielplätzen ist eigentlich mehrmals die Woche eine Reinigung nötig. Außerdem werden die über 200 Areale augenscheinlich äußerst unterschiedlich behandelt.

Laut den bestehenden Verträgen werden die öffentlichen Spielplätze in Bremen in der Nebensaison (Oktober bis März) alle zwei Wochen gereinigt: Leeren der Abfallbehälter und Reinigung der Fläche. In der Hauptsaison wird angeblich wöchentlich gereinigt.

Das Spielplätze zweckentfremdet werden, z.B. zum Grillen, ein Picknick oder auf ein Bierchen, liegt nicht an der Böswilligkeit derer die das tun, sondern schlicht daran, dass diese Leute keine geeigneten Plätze dafür zur Verfügung haben, um dies an anderer Stelle zu tun.

Der Spielplatz an der Nürnberger Straße – natürlich nicht in Tenever, Gröpelingen oder Bremen-Nord, sondern in Finndorf – wird in den Sommermonaten bis zu drei Mal pro Woche gereinigt und darüber hinaus umgehend, wenn Verschmutzungen oder Hundehinterlassenschaften gemeldet werden.

Währenddessen spielen die kleinen Kinder in Tenever mit den bunten Glasscherben und in Gröpelingen könnte man glauben, das Ungeziefer dort errichte aus den Abfällen wahre Schutz- und Trutzburgen.

Ratten in der Sandgrube sind jedoch nicht unbedingt die Spielgefährten, die Eltern sich für ihre Kinder wünschen. Darum wurden in Bremen auch schon Spielplätze gesperrt, natürlich in – Gröpelingen.

So eine Sperrung wurde dann auch nicht damit begründet, dass kein Geld da sei, sondern solle vielmehr „auch mal ein Zeichen an die Leute, dass es so nicht geht“ sein, sagte die damals Verantwortliche Senatorin von den Grünen.

Dabei ist die Feststellung dass es nicht bedarfsgerecht ist, jeden Spielplatz genau einmal wöchentlich zu reinigen, sondern manche Anlagen eigentlich täglich gereinigt werden müssten, gar nicht so fern.

Ebenso naheliegend ist die Wut vieler Nachbarn. Unsere Korrespondenten der Roten Post, treffen beim Klinkenputzen viele verärgerte Anwohner, vor allem aus Familien mit Kindern. Wenn die von der einen Behörde verwaltete und gepflegte Grünfläche regelmäßig gereinigt werde und sich kaum jemand auf den englischen Rasen traue, gleichzeitig aber auf dem unmittelbar angrenzenden Spielplatz die Scherben mehr als eine Woche lang liegenbleiben, dann wächst der Unmut darüber zu Recht.

Dazu kommt, dass fast 400 Spielplätze in Bremen, auch wenn sie so öffentlich erscheinen wie alle anderen von der Gewoba bewirtschaftet werden. Dort ist es meist noch schlimmer, genauso wie auf den rund 50 Spielplätzen der Vonovia. Laut festgeschriebenen Kontrollrhythmus für diese Spielplätze gibt es eine jährliche Hauptkontrolle, dazu sechs „operative Kontrollen“ zwischen Mai und Oktober. Einmal pro Woche gibt es eine Sichtkontrolle. Dort sammelt sich der Müll vermehrt und die Eltern, die ihre Kinder dort spielen lassen (müssen), tun dies mit dem unguten Gefühl ihre Kinder im Müll spielen zu lassen. •



DAS KLIEMANNSLAND DEGENERATION DER IDIOTEN

In seiner Netflix Reportage, in dem er das ehemalige Hausboot von Liedersänger Gunter Gabriel tot-renoviert, merkt man schon, dass Finn Kliemann ganz weit weg vom Leben eines Proletariats ist.

Während ein engagierter Mitarbeiter knietief im Schlick vom Buk des Schiffes steht und den ganzen Tag nichts anderes macht, als Tonnen von Dreck weg zu schaffen, steht Kliemann am Ufer bei Sonnenuntergang und sagt, dass hier ja wohl ganz klar sei, wer in diesem Projekt am härtesten arbeite: Er selbst!

Schnacken kann er. Sich präsentieren vor einer „woken“ Szene, die nach einem profit-geilen Lackaffen im Gewandt eines super nahbaren alternativen Typen steckt, kann er. Aber schon nach drei Sekunden eines jeden Interviews, dass man sieht oder liest, wird klar, dass das Individualismus in seinem schäbigsten Gewand ist.

Sich selbst inszenieren, in den Mittelpunkt rücken und das alles, während man den Leuten Scheiße für Gold verkauft, dürfen wir vorstellen: Finn Kliemann!

Finn Kliemanns Auftreten ist die persönliche Genugtuung all derjenigen, die ebenfalls nur rumsitzen und rumlabern, anstatt den Ernst der Arbeiterklasse, der brisanten politischen Lage und der unterdrückten Völker der Welt sehen zu wollen.

Seine Anhänger feiern den nervtötenden Individualismus und tun so, als würde etwas faires und gerechtes für die „Community“ entstehen, wenn der Kliemann mal wieder mit irgendeinem Projekt Erfolg und Reichtum generiert und sich selbst am nächsten steht.

Wir hätten da das Kliemannsland, so was wie ein Spielplatz für große Kinder, der irgendwo im Norden auf dem Lande innovativ daher kommt. Selbstgebaute Achterbahnen und allen möglichen Schnickschnack, der eine Familie beim Tagesausflug sorglos beschäftigen und vom Alltag ablenken kann, gibt es dort zu bestaunen.

Aber auf wessen Rücken ist das ganze entstanden? Sogar das öffentlich rechtliche Fernsehen hat zu diesem Projekt beigetragen. „Seine“ coolen Projekte und ihre Entstehung wurden teilweise finanziell mit öffentlichen Mitteln, d.h. Steuern, die der werktätigen Bevölkerung abgepresst werden, gefördert und gefeiert und er konnte seine individuellen albern-visionären Bauwerke und Fails erfolgreich groß vermarkten.

Von dem Geld der Öffentlich Rechtlichen, dass er irgendwie an Land gezogen hat, finanziert der Geschäftsmann auf diesem Hof ein ganzes Medienteam und weitere Mitarbeiter. Ein ehemaliger Angestellter berichtet über die herrschende Arbeitsmoral:

„Wir „durften“ nächtelang mit dem Team „feiern“; Kliemann hat uns das Gefühl gegeben was großes zu machen und am Ende des Liedes habe ich mega viel umsonst gearbeitet.“

Das Leben im Kliemannsland gestaltete sich für den ehemaligen Angestellten als Ausflug in eine Welt voll unbezahlter Arbeit. Finn Kliemanns Idee war, dass alle den ganzen Tag malochen und sich niemand darüber beschwert.

Bezahlt wurden bei den festen Mitarbeitern nur die Arbeitsstunden die vorher vertraglich festgelegt waren. Sich dagegen auflehnen? Fehlanzeige. Man habe doch seine „Freizeit“ dort „privat“ verbracht und ja auch von dem gesponserten Bier profitiert und so ein Quatsch.

Content sollte aber trotzdem währenddessen kriert werden. Typisches „der Chef ist dein Freund“ Getue. Dieses Konzept hat Kliemann auf die Spitze getrieben: Es kamen regelmäßig Kliemann-Jünger zum Hof, die freiwillig und ganz umsonst gearbeitet haben, Projekte mit hochgezogen haben und so weiter, die bewusst auf jegliche Entlohnung für ihre Arbeit verzichtet haben.

Warum? Weil sie dachten sie wären Teil eines großen, fairen, „weltverändernden“ Projekts, dass in Norddeutschland beginnt. Einer Mini-Revolution, die auf

einem kleinen Hof startet, der die Leute zusammen bringt.

Oder auch das Gegenteil: Weil sie dachten, sie seien Teil einer kleinen elitären Alternativgruppe, die sich fast schon wie die Reichsbürger, ein eigenes „Land“ genehmigen: Das Kliemannsland.

Klar, mit dem Grundgedanken, dass die Menschen was Eigenes schaffen müssen, fernab dieses existierenden faulenden Systems, hat Kliemann – der Kapitalist – recht. Aber bitte: Wenn ihr mit so einem Scharlatan in Berührung kommt, der euch zum Zwecke seines eigenen Profits schufte lässt, dann macht die Augen auf.

Es gibt da noch was. Auch Proletarier unterdrückter Nationen haben schon in seinem Auftrag geschuftet: Gewieft wie er ist, hat der Geschäftsmann einen Maskenskandal, naja, sagen wir mal so, zuerst einmal, „Deal“, an Land gezogen.

Zu Corona-Zeiten „brauchten“ die Leute Atemschutzmasken, bzw. wurden dazu verdonnert sie zu kaufen und zu tragen – wenn nicht dann gab es drakonische Bußgelder und man wurde aus Bus und Bahn geworfen, wir erinnern uns. Anfangs waren diese noch aus simplem Stoff. Finn Kliemann hat ein paar Masken in Europa „fair“ nähen lassen, den Rest (fast) klammheimlich in unterdrückten Nationen produzieren lassen.

Nach dem Motto „Kauft eure Masken bei mir, wir produzieren hier, um die von Corona Sanktionen betroffenen armen Arbeiter in der europäischen Wirtschaft zu unterstützen“, hat er die Billigmasken aus Asien dann als besonders „fair“ und „alternativ“ gewinnbringend verscherbelt.

Die Kritik, die er dafür einstecken musste, hat er nicht akzeptieren können und hat versucht sich irgendwie aus der Affäre zu ziehen. Dabei hat er – ganz solidarisch, wie es seine Art ist – seine Geschäftspartner noch mit in den Dreck gezogen.

Wichtiger Hinweis: Jens Spahn hatte nach aktuellem Kenntnisstand zu diesem Maskenskandal keinerlei direkte Verbindung.

Weil das alles ziemlich peinlich war und entlarvt hat, was für ein feiger Betrüger er ist, hat das dafür gesorgt, dass er das für ihn einzig Richtige gemacht hat: Von der Bildfläche verschwinden. Abtauchen bis Gras über die Sache gewachsen ist.

Nun ist er aber wieder da, auf Youtube und natürlich in echt: Die Leute fahren wieder fröhlich ins Kliemannsland, fühlen sich cool, machen ihn relevant und glaubwürdig und unterstützen eine echt ganz miese Nummer, die sich als „ach so liebes gut gemeintes“ Gemeinschaftsprojekt tarnt.

Die ganze Anlage Kliemannsland basiert nach wie vor auf Ausbeutung, auch, seiner „eigenen Leute“. Er hat irgendwie auch noch in Kunst gemacht und bei Versteigerungen seiner Werke betrogen. Seine Person und seine Geschichte müsste man eigentlich nicht so krass hervorheben. Aber sie zeigt, wieder einmal, dass es eine Alternative innerhalb dieses System, dass es einen Ausstieg aus dem System ohne die Welt zu verändern, nicht geben kann.

Zu Finn Kliemann kann man abschließend sagen: Degeneration der Idioten, damit sollte man sich nicht versöhnen. •



WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BREMEN

Café Rebellion

BDP-Haus (Am Hulsberg 136)

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat

ab 17 Uhr

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee | rfk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de

Rotes Frauenkomitee Hamburg |

rfk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

ROTE POST

